

WirtschaftsWoche

Dem Strom fehlt das Netz

Ausbau der Windenergie.

Die Bundesregierung macht sich für den Ausbau der Windenergienutzung auf hoher See stark – und stellt die Betreiber von Stromnetzen damit vor erhebliche Probleme. Denn der Ausbau der Windenergie erfordert neue Leitungen. Doch die Genehmigungsverfahren gestalten sich schwierig.



Proteste gegen den Leitungsbau behindern das Aufstellen neuer Windräder. Foto: dpa BERLIN. Die Betreiber müssen in großem Umfang in neue Leitungen investieren, damit der in der Nord- oder Ostsee produzierte Strom künftig dorthin gelangen kann, wo er gebraucht wird: im Westen und Süden der Republik. Häufig scheitern die Bemühungen der Netzbetreiber an den Hürden des Planungsrechts und an erheblichem Widerstand in der Bevölkerung. In einem Schreiben an Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD), das dem Handelsblatt vorliegt, beklagt der E.On-Konzern, der „zügige und zeitgerechte Ausbau der Transportnetze in Norddeutschland“ sei gefährdet. Die schwierigen Genehmigungsverfahren könnten „zur Verstopfung der Transportnetze führen und damit den Ausbau der Windkraft“ erschweren.

Allein die E.On-Netztochter treibt derzeit Planungen und Genehmigungsverfahren für knapp 500 Kilometer Höchstspannungsleitungen voran – und muss ständig mit Protest rechnen. „Trotz intensiver Anstrengungen bei der Suche geeigneter Trassen und umfangreicher Diskussionsrunden mit Behörden und Betroffenen vor Ort“ stelle man fest, dass der Widerstand gegen Hochspannungsleitungen stetig zunehme, heißt es in dem E.On-Schreiben an Gabriel. Langwierige juristische Auseinandersetzungen seien absehbar.

Infografik: Deutsche Stromautobahnen: Netzausbaupläne bis 2015

Auch RWE sieht die Probleme. Die zeitgerechte Realisierung von Leitungsbauprojekten stelle eine Herausforderung dar, hieß es bei der RWE-Stromnetz-Tochter, dem größten deutschen Übertragungsnetzbetreiber. Der Verband der Netzbetreiber (VDN) betonte, die „reflexartige Opposition der Öffentlichkeit“ behindere die erfolgreiche Netzintegration der Windkraft. „Die Politik muss sich aus unserer Sicht noch viel stärker, viel offensiver für den Leitungsausbau einsetzen.“

Stephan Kohler, Chef der Deutschen Energieagentur (Dena), sprach sich dafür aus, das Planungsrecht zu entschlacken. „Wir reden von Planungs- und Genehmigungsphasen, die leicht acht bis zehn Jahre in Anspruch nehmen können. Die Zeit wird also knapp“, sagte Kohler dem Handelsblatt. Einer Dena-Studie aus dem Jahre 2005 zufolge müssen bis 2015 mindestens 850 Trassenkilometer neuer Höchstspannungsleitungen gebaut werden, damit der Windstrom in die Ballungszentren transportiert werden kann. Laut Kohler ist davon noch kein Meter realisiert worden. Die Betreiber hätten bislang lediglich bestehende Leitungen ausbauen können.

Erst wird es ab nächstem Jahr: 2008 sollen die ersten Offshore-Windräder ans Netz gehen. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie hat allein in der Nordsee 16 Offshore-Windparkprojekte genehmigt, hinzu kommen drei weitere Projekte in der Ostsee. Außerdem gibt es 22 laufende Genehmigungsverfahren. Die Bundesregierung geht davon aus, dass sich der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von rund 13 Prozent bis 2020 auf 27 Prozent erhöhen lässt. Ein Fünftel des Ökostroms soll dann in Windparks auf hoher See entstehen.

Noch Ende vergangener Woche hatte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) betont, er setze große Hoffnungen in die Offshore-Projekte. Gabriel will den Offshore-Windstrom künftig über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) stärker fördern als bislang geplant, um den Ausbau der Anlagen voran zu treiben. Der Bundesverband Windenergie begrüßte die Ankündigung. „Sonst laufe Deutschland Gefahr, beim Bau von Windkraftanlagen auf hoher See ins Hintertreffen zu geraten. „Deutschland hat seine ehrgeizige Zielsetzung verfehlt“, sagte Verbandspräsident Hermann Albers.

Gabriel räumte zugleich ein, der erforderliche Netzausbau gerate häufig ins Stocken, weil es erheblichen Widerstand in der Bevölkerung gebe. Um die Akzeptanz zu erhöhen, spricht er sich dafür aus, die Kabel zumindest in der Nähe von Siedlungen unter der Erde zu verlegen, was allerdings erhebliche Mehrkosten verursachen würde. Das Umweltministerium verwies darauf, man habe versucht, bereits im Zuge der Beratungen über das Ende 2006 verabschiedete Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz vorgeschlagen, neue Leitungen in sensiblen Bereichen unterirdisch zu verlegen. Die Kosten sollten die Stromkunden tragen. Dies habe der Bundesrat aber abgelehnt.
[09.07.2007] Von Klaus Stratmann

<http://www.wiwo.de/pswiwo/fn/ww2/sfn/buildww/id/2722/id/284467/fm/0/SH/0/depot/0/>